



Seite 2/3

Mit sechs Zukunftsprojekten, die im Regierungsprogramm festgeschrieben sind, möchte die CDU neue Arbeitsplätze schaffen.



Seite 3

„Die Union macht sich für den Mittelstand stark“, sagt Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg.



Seite 4

Christian von Stetten – Vom „Mister Bundestag“ zum „Mister Mittelstand“



Hohenlohes starke Stimme in Berlin: Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt den CDU-Finanzpolitiker Christian von Stetten. Foto: CDU/Chaperon

GEMEINSAM FÜR UNSER LAND

Wir haben die Kraft

Deutschland hat die Kraft, gestärkt aus der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise hervorzugehen. Dafür haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und die von ihr geführte Bundesregierung in den vergangenen Monaten hart gearbeitet. Der Zusammenbruch der Bankenlandschaft konnte im Herbst 2008 verhindert, die Sparguthaben der Bürger gesichert werden. Mit der Verlängerung und finanziellen Unterstützung des Kurzarbeitergeldes wurden Brücken über die Krise hinweg zum Erhalt von Arbeitsplätzen gebaut.

Die CDU hat den Mittelstand gestärkt, der das Rückgrat unserer Wirtschaft für Beschäftigung, Ausbildung, Investitionen und technischen Fortschritt ist. „Wir müssen jetzt die Krise als Chance begreifen und in die Zukunft unseres Landes investieren“, sagt Merkel. Zudem will die Union verhindern, dass durch eine restriktive Bewertungspraxis bei den Banken die Kreditversorgung für den Mittelstand mitten in der Krise zusammenbricht.

Eine internationale Krise muss auch international bekämpft werden. Deswegen macht sich die Union für verbindliche Regeln auf allen Finanzmärkten

stark. Ziel ist es, die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft weltweit zu verankern, so wie es auf dem Gipfel der Staatschefs in London auf Initiative von Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy beschlossen worden ist. Auf dem nächsten G20-Gipfel Ende September in Pittsburgh hat Angela Merkel die „Charta für nachhaltiges Wirtschaften“ auf die Tagesordnung setzen lassen.

KLARE REGELN

In Deutschland setzt die Union auf einen Dreiklang für neues und nachhaltiges Wachstum. Erstens die Haushaltskonsolidierung: Mit der Schuldenbremse hat die Union, auch gegen den Widerstand der SPD, einen wichtigen Grundstein gelegt. Zweitens Investitionen in Deutschlands Stärken: Die Union hat sechs Zukunftsprojekte im Regierungsprogramm festgeschrieben, die unser Land voranbringen. Drittens Steuererleichterungen: „Die Menschen müssen mehr Netto vom Brutto haben“, sagt Angela Merkel. Die Union möchte durch eine Änderung des Steuerrechts erreichen, dass Gehaltserhöhungen wieder mehr bei den Beschäftigten ankommen. Besonders Familien sollen entlastet werden. **Mehr auf den Seiten 2 + 3**

URSULA VON DER LEYEN

Erfolgreich für Familien

Wenn Gabriele Pulvermüller morgens zur Arbeit geht, weiß Sie, dass sie sich ganz auf ihren Beruf konzentrieren kann. Ihr Sohn Alexander wird während ihrer Arbeitszeit in der betriebseigenen Kindertageseinrichtung des Internet-Hosting-Providers Host Europe betreut. Die Nähe zwischen Arbeitsplatz der Mutter und Betreuungsplatz des Kindes ist der besondere Vorteil bei diesem Modell: „Ich kann meinen Sohn jederzeit bei den ‚Krabbeltäfern‘ besuchen, mit ihm spielen oder die Pausen verbringen“, sagt Pulvermüller.

Familienbewusst

Möglich wurde die Betriebskita durch das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“, das Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen vorantreibt. Denn hier arbeiten Bundesregierung, Arbeit-



Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen

geber, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammen, um eine familienbewusste Arbeitswelt zu schaffen. Es beinhaltet ein Förderprogramm zur Schaffung von betrieblichen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. „So war es meinem Arbeitgeber möglich, im Bürogebäude eine betriebliche Kindertageseinrichtung ins Leben zu rufen“, erzählt Pulvermüller.

In Zeiten des Fachkräftemangels verzichten Arbeitgeber wie Host Europe ungern für längere Zeit auf kompetente Mitarbeiterinnen.

Ursula von der Leyen macht sich als Bundesfamilienministerin seit jeher sehr erfolgreich für die Familien stark. „Mit dem Elterngeld und dem Ausbau der Kinderbetreuung haben wir Meilensteine geschaf-

fen, damit Deutschland wieder familien- und damit kinderfreundlicher wird“, sagt Ursula von der Leyen. Seit 2006 wurde zudem die Kinderbetreuung steuerlich begünstigt, 2009 das Kindergeld und die Kinderfreibeträge erhöht. Bis 2013 sollen 750.000 neue Betreuungsplätze entstehen, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz schon für Kinder ab dem ersten Lebensjahr gewährleistet werden kann. Wer sein Kind lieber zu Hause betreuen möchte, erhält ab 2013 Betreuungsgeld. Durch diese Regelung bekommen Familien erstmals eine echte Wahlfreiheit.

Für Gabriele Pulvermüller ist diese Politik schon jetzt ein Erfolgsmodell: „Die Förderung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren hat für mich persönlich dazu geführt, dass ich trotz Familie nicht auf den Beruf verzichten muss.“ cdulink.de/buf

Liebe Leserrinnen und Leser,

noch wenige Tage bis zur Bundestagswahl und den Wahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein. Wir befinden uns im Endspurt dieses Superwahljahres. Nach den drei Landtagswahlen Ende August ist noch einmal deutlich geworden: Am 27. September geht es um eine stabile Regierung aus Union und FDP oder unsichere politische Experimente. Und: Die Ausgangslage der Union ist zwar gut. Das Rennen ist aber noch lange nicht gelaufen.



Wir wollen gemeinsam mit der FDP eine Politik für nachhaltiges Wachstum. Das ist das Fundament für sichere Arbeitsplätze und neue Lehrstellen. Was für eine Politik die SPD machen möchte und vor allem mit wem, ist dagegen völlig offen. Denn es gibt nicht nur erhebliche inhaltliche Abweichungen zwischen dem amtlichen SPD-Wahlprogramm und dem Papier des SPD-Spitzenkandidaten. Hinzu kommt: Rot-Grün allein hat keine Regierungsperspektive. Die SPD braucht einen dritten Partner. Das bedeutet: Sie muss entweder die FDP einbinden – dann sind die massiven inhaltlichen Angriffe aus dem Willy-Brandt-Haus gegen die FDP ungläubig. Oder sie muss – allen Beteuerungen zum Trotz – ein Bündnis mit den Linken eingehen. So wie es in Hessen versucht worden ist. So wie es für die Abwahl unseres Bundespräsidenten Horst Köhler geplant war. Und so wie es die SPD jetzt in Thüringen und dem Saarland vorhat. Die Wähler haben ein Anrecht darauf zu erfahren, welchen Kurs Herr Steinmeier steuern will.

Die Union hat für unser Land sowohl die besseren Ideen als auch die besseren Köpfe. Und vor allem haben wir unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wer will, dass Angela Merkel unser Land weiter regiert, muss die Union wählen.

Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie beide Stimmen der CDU. Wir haben die Chance wieder eine bürgerliche Mehrheit zu erringen – mit einer starken Union. Wir haben die Kraft für Deutschland. Wir alle zusammen!

*Herzlichen
- v. R. Pofalla*

Ronald Pofalla MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

**WISSEN WIE ES GEHT:
SO FUNKTIONIERT
DIE BRIEFWAHL**

WER HABEN DIE KRAFT **CDU**

Bei der Bundestagswahl können Sie Ihre Stimme bereits vor dem eigentlichen Wahltag am 27. September abgeben. Und dafür brauchen Sie noch nicht einmal einen Grund anzugeben. Gehen Sie einfach mit Ihrer Wahlbenachrichtigung (die sollten Sie Anfang September von Ihrer Gemeinde- oder Stadtverwaltung erhalten haben) und einem gültigen Ausweis in Ihr Rathaus und beantragen Sie dort die Briefwahl. Danach können Sie Ihre Stimme direkt im Rathaus abgeben.

Ihre Stimme per Post abzugeben ist ganz einfach:

- Füllen Sie auf der Wahlbenachrichtigung den Antrag auf Zusendung der Briefwahlunterlagen vollständig aus.
- Senden Sie den ausgefüllten Antrag in einem verschlossenen Briefumschlag an Ihre Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung oder an das Bezirksamt Ihres Wohnbezirks.
- Sie erhalten die Briefwahlunterlagen dann zusammen mit einem Merkblatt zur Briefwahl per Post nach Hause.
- Senden Sie bitte die ausgefüllten Wahlunterlagen an die auf dem Briefumschlag angegebene Adresse zurück – den Versand erledigt die Deutsche Post AG kostenlos für Sie. cdulink.de/brief

ZUKUNFTSPROJEKT UMWELTECHNIK

Energie sinnvoll nutzen

In Stahlwerken entsteht eine ungeheure Hitze – Energie, die nicht sinnlos verpuffen muss. Der Anlagenbauer SMS Siemag aus Düsseldorf hat für seine Kunden deshalb ein neues System zur Energierückgewinnung entwickelt. In den Stahlwerken, die SMS Siemag überall auf der Welt baut, werden die rund 1200 Grad heißen Abgase zukünftig wieder in Energie umgewandelt.

Und das geht so: Mit der Hitze wird Wasserdampf erzeugt, der eine Turbine antreibt – dadurch entsteht Strom. Der Dampf kann auch genutzt werden, um Luft in Stickstoff und Sauerstoff zu zerlegen – beides Gase, die zur Stahlherzeugung benötigt werden. Bei einem aktuellen Projekt des Familienunternehmens soll mit dem Dampf eine Vakuum-Entgasungsanlage angetrieben werden. Dadurch wird das Stahlwerk pro Jahr rund 50 000 Tonnen Kohlendioxid weniger aus-



Die CDU will den Wachstumsmarkt Umweltechnik durch kluge Anreize fördern.

stoßen. In Stahlwerken, die in Meernähe gebaut werden, kann der Dampf sogar zur Entsalzung des Wassers genutzt werden.

SMS Siemag verbindet auf diese Weise Ökologie mit Ökonomie. Es gewinnen alle: „Angesichts steigen-

der Energiepreise rechnen sich für unsere Kunden die Investitionen schon nach wenigen Jahren“, sagt Christian Fröhling, Leiter des Fachbereichs Energie- und Umweltechnik. „Ganz ohne Subventionen“, wie Fröhling bemerkt. Sein Fachbereich, in dem seit seiner Einrichtung 2007 sechs neue Arbeitsplätze entstanden sind, arbeitet derzeit an einer ganzen Reihe neuer Energieeinsparungs- und Umweltechniken. „Hier gibt es noch großes Wachstumspotenzial“, weiß Fröhling.

Wohlstand in Deutschland sichern

Die Entwicklung von Umweltechnologien will die CDU durch marktwirtschaftlich orientierte Instrumente weiter unterstützen. So werden der Wohlstand in Deutschland gesichert, neue Exportpotenziale erschlossen und ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet.

INTERVIEW MIT DER CDU-VORSITZENDE

„Gestärkt aus der



Foto: Andreas Hartzow

Frau Merkel, vor welchen großen Herausforderungen steht die Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren?

Angela Merkel: Wir wollen Arbeit für alle. Auch müssen junge Menschen die Chance auf eine Lehrstelle haben. Wir müssen die Renten sichern und die Gesundheit und Pflege weiter verbessern. Familien

brauchen eine größere Wahlfreiheit – das bedeutet vor allem mehr gute Betreuungsplätze. Und der Klimawandel hat sich nicht erledigt, nur weil das Thema nicht mehr auf den Titelseiten der Zeitungen steht. Die Politik muss hier ihren Beitrag leisten. Und natürlich stellt uns die internationale Wirtschaftskrise vor besondere Aufgaben.

Wird die Krise das zentrale Thema dieses Wahlkampfes sein?

Merkel: Viele Menschen bangen in diesen Tagen um ihren Arbeitsplatz. Viele Unternehmer kämpfen um ihren Betrieb und die Mitarbeiter. Natürlich ist daher die internationale Krise ein zentrales Thema, aber nicht das einzige. Wir möchten Deutschland zur Bildungsrepublik machen. Das bedeutet, dass

ZUKUNFTSPROJEKT ELEKTROAUTOS

Sauber fahren

Auf den ersten Blick sehen die 100 Minis von BMW, die derzeit auf Berliner und Münchner Straßen rollen, wie normale Autos aus. Doch der kleine Namenszusatz macht sie besonders, denn der „Mini E“ hat einen Elektromotor: leise, CO₂-frei und mit regenerativer Energie betrieben. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche aus Brandenburg, durfte das Auto bereits testen und ist begeistert. „Ich bin noch nie ein so leises Auto gefahren“, schwärmt sie. Ansonsten unterscheidet sich das Auto nicht sehr von herkömmlichen. „Das Fahrgefühl ist dasselbe“, verrät Katherina Reiche.

Die Elektro-Minis sind ein Pilotprojekt des bayerischen Autoherstellers zusammen mit den örtlichen Stromanbietern, gefördert von der unionsgeführten Bundesregierung. Auch die Wissenschaft ist mit im Boot: Forscher aus Berlin

Mit einer Modellregion für Elektromobilität will die CDU erreichen, dass Deutschland Vorreiter in dieser Technologie wird.



Testfahrerin Katherina Reiche

und Chemnitz begleiten das Projekt und sammeln Ergebnisse zu Praxistauglichkeit und Nutzerakzeptanz der Elektroautos.

Auch andere deutsche Autobauer sind auf Elektro-Kurs. So will Mercedes Ende des Jahres in Berlin 100

elektronisch angetriebene Smart im Einsatz haben, die an insgesamt 500 Stromladepunkten aufgeladen werden können. Reichweite: Rund 150 Kilometer – dann muss das Auto wieder aufgeladen werden.

Die Zukunft der Elektroautos wird vor allem von ihrer Leistung abhängen. Deswegen fördert die unionsgeführte Bundesregierung auch die Entwicklung einer neuen Generation von leistungsfähigen, bezahlbaren und sicheren Batterien mit 60 Millionen Euro und stellt 500 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II für die Förderung der Elektromobilität zur Verfügung.

Die CDU fordert, dass auf deutschen Straßen bis 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge fahren. Deutschland muss weltweit Vorreiter in dieser Technologie werden. Modellregionen für Elektromobilität, wie Berlin und München, sind dafür eine wichtige Voraussetzung.

► cdulink.de/eauto

ZUKUNFTSPROJEKT NEUE WERKSTOFFE

Elektronische Tinte

Ticket-Kontrolle im Vorbeigehen: Um das Drehkreuz an der U-Bahn-Station zu passieren, brauchen Pendler nur kurz das Portemonnaie an das Lesegerät zu halten. Binnen Sekunden wird die Gültigkeit des darin befindlichen Fahrscheins überprüft. Das Besondere daran: In den Tickets befinden sich keine Magnetstreifen mehr und keine Computer-Chips. Das sogenannte Funk-Etikett wurde einfach auf die Karte gedruckt.

Für das Start-up-Unternehmen PolyIC aus Fürth ist die dafür benötigte elektronische Tinte schon lange keine Zukunftsvision mehr. Der neue Werkstoff, den PolyIC dafür verwendet, besteht aus elektrisch leitenden und halbleitenden Kunststoffen. Diese so genannten Polymere lassen sich zu einer Art Tinte verflüssigen und in einem dem Zeitungsdruck ähnlichen Verfahren auf Folien auftragen. So können in kurzer Zeit große Mengen solcher

Durch die Förderung neuer Werkstoffe will die CDU neue Märkte erschließen.



Gedruckter Computer-Chip

Funk-Etiketten produziert werden. Dadurch ist die Herstellung sehr kostengünstig. Wolfgang Mildner, Geschäftsführer von PolyIC, erklärt: „Dies macht die Polymerelektronik für den Massenmarkt tauglich.“ Zudem sei es leichter, die neuarti-

gen Chips in Produkten unterzubringen. Denn Funk-Etiketten sind im Gegensatz zu herkömmlichen Chips viel flexibler und dünner.

Auch der Einzelhandel zeigt schon großes Interesse an der elektronischen Tinte. Statt des üblichen Strich-Codes können zukünftig Funk-Etiketten auf die Verpackung von Lebensmitteln gedruckt werden. Der Supermarkt-Kunde kann so mit seinem Handy wichtige Informationen wie Haltbarkeit, Inhaltsstoffe und Herstellungsart abfragen.

Wettbewerbsfähige Produkte

Die CDU setzt sich dafür ein, dass Innovationen im Werkstoffsektor möglichst rasch in wettbewerbsfähige Produkte und Verfahren umgesetzt werden und wach gleichzeitig darüber, dass der Datenschutz bei neuen Technologien eingehalten wird.

DIE IRRWEGE DER SPD

Deshalb CDU wählen



Ronald Pofalla

Die Bundestagswahl am 27. September ist eine Richtungsentscheidung. Besonders in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise müssen die Wähler genau abwägen, wem sie ihre Stimme geben. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla macht die Alternativen deutlich: „Mit der Union gestärkt aus der Krise hervorgehen oder mit einem rot-grün-roten Bündnis gegen die Wand fahren.“ Die Union habe ein zukunftsweisendes Regierungsprogramm vorgelegt. Die SPD dagegen ein „Krisenverschärfungsprogramm“. Die Union wird Deutschland voranbringen. „Das geht nur mit einer starken Kanzlerin, und die heißt Angela Merkel“, so Pofalla. „Wer möchte, dass Merkel Bundeskanzlerin bleibt, muss CDU wählen!“ ► cdulink.de/besser

DER KLARE WEG DER CDU	DIE IRRWEGE DER SPD
-----------------------	---------------------

- Die CDU will den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken.
- Die Union will die Bürger entlasten und den Eingangssteuersatz senken. Gehaltserhöhungen sollen bei den Beschäftigten und nicht beim Finanzamt ankommen.
- Die Union hält an dem Ziel „Arbeit für Alle“ fest. Das ist eine große Aufgabe – aber machbar. Dafür ist eine Bildungs- und Ausbildungs-offensive wichtiger denn je.
- Die Union steht für Bildungsvielfalt, damit jedes Kind die passende Schulausbildung bekommt.
- Die Union unterstützt die Engagierten. Deshalb hält sie an den Mini-Jobs fest.
- Die Union steht zu Ehe und Familie. Durch das von der Union entwickelte Familiensplitting sollen Familien mit Kindern künftig weniger Steuern zahlen.

- Die SPD provoziert durch Neiddebatten die Spaltung der Gesellschaft.
- Die SPD will Steuern erhöhen und neue Steuern einführen, die auch diejenigen belasten, die privat für das Alter vorsorgen möchten.
- Die SPD gefährdet tausende Arbeitsplätze durch einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.
- Die SPD will die Einheitschulen sowie Gymnasien bleiben auf der Strecke.
- Die SPD will die Mini-Jobs einschränken: Damit geht sie auf Konfrontationskurs mit den Fleißigen in unserem Land.
- Die SPD stellt den Schutz von Ehe und Familie in Frage. Sie will das Ehegattensplitting begrenzen und für gut verdienende Ehepaare kappen.

UNTERSTÜTZER

Rund 1800 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik zeigen seit Anfang September in Berlin Gesicht und unterstützen damit Angela Merkel im Bundestagswahlkampf. Sie haben ihre Portrait-Bilder eingesandt, damit diese auf dem größten Wahlplakat Deutschlands abgebildet werden können. Das 1660 Quadratmeter große Plakat in Form eines Tores spannt sich über die Straße des 17. Juni und wirbt für die CDU.



Foto: CDU

N UND BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL

Krise hervorgehen“

wir eines der weltweit besten Bildungssysteme haben wollen. Bis 2015 wollen wir zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung investieren. Wir setzen alles daran, das zu schaffen.

Wofür steht die CDU darüber hinaus?

Merkel: Wir glauben an die Wachstumskräfte unseres Landes, an die Menschen in Deutschland. Mit neuem, nachhaltigem Wachstum entstehen Arbeitsplätze und neue Lehrstellen. Mit Wachstum können wir die Sozialversicherungen weiter stärken. Um das zu erreichen, steht die CDU für die Konsolidierung der Haushalte, die Förderung von Innovationen und die Entlastung der Bürger. Unser Land hat die Kraft, das alles zu schaffen.

Jetzt beginnt die heiße Phase des Wahlkampfs. Freuen Sie sich darauf?

Merkel: Ich bin in ganz Deutschland unterwegs und spreche mit zahlreichen Bürgern. Zu den Veranstaltungen kommen viele Menschen und ich erfahre viel Unter-

stützung, zum Beispiel durch das teAM Deutschland. Das macht mich zuversichtlich für die Bundestagswahl. Ich weiß aber auch, dass schwere Aufgaben auf uns warten, die niemand alleine lösen kann. Wir können das nur schaffen, wenn wir gemeinsam anpacken. Dafür möchte ich werben.

Was möchten Sie den Menschen mit auf den Weg in die Wahlkabinen geben?

Merkel: Ich finde es erst einmal richtig, wenn die Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Für mich und viele Ostdeutsche sind demokratische Wahlen erst seit 20 Jahren möglich. Uns wurden freie Wahlen jahrelang durch die SED-Diktatur verwehrt. Das muss man sich immer wieder vor Augen führen. Am 27. September müssen die Menschen wissen: Wenn sie wollen, dass unser Land gestärkt aus der Krise kommt, wenn sie für sichere und neue Arbeitsplätze in Deutschland sind, wenn sie die Familien stärken wollen, dann kann dies nur eins heißen: Beide Stimmen für die CDU!

TERMINE MIT ANGELA MERKEL

- 6. 9. Düsseldorf, ISS-Dome
- 7. 9. Grasbrunn-Keferloh, Festzelt
- 8. 9. Wittenberg, Markt
- 9. 9. Rathenow, Optikpark
- 9. 9. Fulda, Buttermarkt
- Magdeburg, Domplatz
- 10. 9. Minden, Marktplatz
- Hannover, Platz am Steintor
- 11. 9. Wiesbaden, Schlossplatz
- Stuttgart, Marktplatz
- 14. 9. Ulm, Münsterplatz
- Bad Kissingen, Theaterplatz
- 16. 9. Schwerin, Marktplatz
- Nürnberg, Jakobsplatz
- 18. 9. Lübeck, Marktplatz
- Hamburg, Gänsemarkt
- 19. 9. Braunschweig, Burgplatz
- Finsterwalde, Markt
- 20. 9. Lindau, Seepromenade
- Waging am See, Am See 1
- 21. 9. Kassel, Königsplatz
- Mainz, Markt
- 26. 9. Berlin, Arena Treptow

Änderungen vorbehalten. Genaue Informationen und Uhrzeiten finden Sie auf Plakaten vor Ort oder unter cdulink.de/termine

ZUKUNFTSPROJEKT DIENST AM MENSCHEN

Hilfe bei der Pflege

Mein Vater braucht doch auch mal Urlaub.“ Die Worte von Christoph Ohler aus Remscheid klingen bestimmt, aber auch verzweifelt.

Die Anspannung in der Familie Ohler ist groß, denn die Urlaubsfahrt von Vater Peter nach Juist steht an. Doch Peter Ohler ist nicht wohl bei dem Gedanken, seine pflegebedürftige Frau für diese Zeit in ein Pflegeheim zu geben. Er empfindet das als Abschiebung. Seit die damals 68-jährige im Februar 2008 einen schweren Schlaganfall erlitt, pflegt sie der 69-Jährige in den eigenen vier Wänden. Unterstützung erhält er durch einen Pflegedienst. Auch Christoph und seine drei Geschwister helfen mit, wo es nur geht. Doch eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung während des Urlaubs ihres Vaters können sie nicht übernehmen.

Klaus Hoffmann, vom „Ambulanten Altenpflege Service Ulrike

Durch neue qualifizierte Arbeitsplätze im Pflegebereich will die CDU den Dienst am Menschen verbessern.



„Alles“ aus Düsseldorf, kennt Probleme wie die der Familie Ohler nur zu gut. „Die meisten Menschen, die einen Angehörigen zu Hause pflegen, überfordern sich.“ Dabei sei es gerade für sie so wichtig, hin und wieder Kraft zu schöpfen. Für ein

sehr hilfreiches Angebot hält Hoffmann die besonderen Betreuungsleistungen für Menschen mit „eingeschränkter Alltagskompetenz“ – in der Regel handelt es sich um Demenzerkrankte.

Angehörige überfordern sich oft

Seit Juli 2008 können Angehörige bei der Pflegeversicherung bis zu 2.400 Euro im Jahr beantragen, damit sie von einem Pflegedienst entlastet werden, während sie zum Friseur gehen oder Besorgungen machen. „Für Angehörige ist ein freier Nachmittag in der Woche eine große Erleichterung“, weiß Klaus Hoffmann.

Die CDU setzt sich für mehr Arbeitsplätze beim „Dienst am Menschen“ ein. Qualifikationsangebote für Menschen, die einen Angehörigen zu Hause betreuen, sollen weiter verbessert werden.

ZUKUNFTSPROJEKT GESUNDHEITSFORSCHUNG

Kompetenzen bündeln

Wir verstehen die Ursachen der Krebskrankungen immer besser.“ Gerhard Ehninger, Direktor der Universitätsklinik Dresden, klingt hoffnungsvoll. Jetzt gelte es aber, so der Medizin-Professor, von der exzellenten Grundlagenforschung in Deutschland hin zu therapeutischen Prozessen zu gelangen. Kurz: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse in heilende Praxis umzusetzen.

Die CDU fordert dazu in ihrem Regierungsprogramm, die Wissenschaftsstandorte in Deutschland besser untereinander und mit der Wirtschaft zu vernetzen. „Wir brauchen einen schlagkräftigen Forschungsverbund“, sagt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bildung und Forschung, Michael Kretschmer. Universitäten, außeruniversitäre Forschung und Unternehmen müssten enger zusammenarbeiten. Damit würde die Spitzenstel-

Die CDU will die Forschungsanstrengungen zur Bekämpfung von Volkskrankheiten verstärken.



lung Deutschlands auf dem Gebiet der Medizinforschung ausgebaut, deutsche Patienten kämen schneller in den Genuss moderner Präparate und Therapien und in der Wirtschaft entstünden neue Arbeitsplätze.

Ein positives Beispiel der Vernetzung von Standorten ist der Krebs-Informations-Dienst (KID). Seit 20 Jahren ist die Einrichtung des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg eine wichtige Anlaufstelle für Krebspatienten. Sie berät über Behandlungsmethoden, vermittelt Ärzte und gibt psychologische Unterstützung. Durch eine neue Zweigstelle am Uni-Klinikum von Gerhard Ehninger in Dresden wurden nun auch die Gebiete im Osten und Norden der Bundesrepublik erschlossen. Jetzt sollen alle Bundesbürger den KID unter einer einheitlichen Telefonnummer erreichen. „Man muss sich das vorstellen, wie ein Call-Center, in dem Fachärzte sitzen“, sagt Gerhard Ehninger.

Durch gezielte Schwerpunktförderung und Forschungsnetzwerke möchte die CDU auch anderen Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Demenz begegnen.

ZUKUNFTSPROJEKT EHRENAMT

Alle unter einem Dach

Im Café Mitte, dem zentralen Treffpunkt des gemeinnützigen Mehrgenerationenhauses „Mittendrin“ im sächsischen Delitzsch, herrscht Hochbetrieb. Wie jeden Tag um die Mittagszeit kommen hier alle Generationen zusammen und meist auch ins Gespräch: Schüler, Erwachsene, Senioren, junge Eltern.

Christine Lüttich ist ehrenamtliche Helferin im Mehrgenerationenhaus und noch schnell zum Mittagessen gekommen. Die 56-jährige leitet an zwei Tagen der Woche die Krabbelgruppe für Kinder von ein bis drei Jahren. Gemeinsam mit den Eltern wird dort zwei Stunden lang gebastelt, gemalt und gespielt. „Das Ehrenamt macht mir Freude“, sagt Lüttich. Das ist ihr Lohn. „Wenn die Kinder Spaß haben, bin ich glücklich“, sagt sie. „Ohne Ehrenamtliche wäre das große Angebot unseres Mehrgenerationenhauses nicht zu schaffen“, sagt die Leiterin, Bettina Kühnel.

Die CDU will weitere Anreize schaffen, damit wir mehr Menschen für das Ehrenamt gewinnen.



Die rund 60 Kurse, sozialen Dienstleistungen und Veranstaltungen werden wöchentlich von mehr als 600 Bürgern wahrgenommen. Ob der Oma-Opa-Service, bei dem Eltern ihre Kinder betreuen lassen können, eine generationenüber-

greifende Theatergruppe oder PK-Kurse von Jugendlichen für Computer-Interessierte ab 50 Jahre: Die Nachfrage ist groß. Dafür sind über 30 Ehrenamtliche aus allen Generationen im Einsatz. „Alt für Jung und Jung für Alt ist unser Motto“, sagt die Leiterin des Mehrgenerationenhauses.

Für viele der rund 2500 Einwohner der Schokoladen-Stadt im Norden von Leipzig ist das Mehrgenerationenhaus eine wichtige Anlaufstelle. „Es hat einen festen Platz im sozialen Leben der Stadt Delitzsch“, sagt Manfred Kolbe, CDU-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Nordsachsen und Pate des Mehrgenerationenhauses. In Zukunft würden in Deutschland mehr denn je Menschen gebraucht, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einbringen. Die CDU möchte dies fördern, zum Beispiel durch eine stärkere Entbürokratisierung.

KARL-THEODOR ZU GUTTENBERG

Mittelstand fördern

Die Hasenthaler Kunststoffverarbeitung in Thüringen hat vorübergehend Kurzarbeit angemeldet. Das Unternehmen von Gerd Albrecht stellt Teile für die Autoindustrie und zur Fertigung von Elektrowerkzeugen her. „Durch die Möglichkeit der Kurzarbeit müssen wir keinen Mitarbeiter entlassen“, sagt der Chef. Er ist zuversichtlich, dass der Betrieb in etwa zwei Monaten wieder voll arbeiten kann. Dann will er sogar noch neue Mitarbeiter einstellen.



Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg

Jobmotor Mittelstand

Über 30 Millionen Menschen arbeiten deutschlandweit in mittelständischen Unternehmen, das sind fast 70 Prozent aller Erwerbstätigen. Kleine und mittlere Unternehmen schaffen 80 Prozent der Ausbildungsplätze und tätigen fast 50 Prozent aller Investitionen. „Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft“, sagt Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Deshalb ist es eines der wichtigsten Ziele von CDU und CSU, den Mittelstand zu entlasten.

Als eine Maßnahme zum Schutz der Arbeitsplätze hat die unionsge-

führte Bundesregierung das Kurzarbeitergeld von zwölf auf 24 Monate verlängert. So übernimmt der Bund für die kurzarbeitende Hasenthaler Kunststoffverarbeitung die Hälfte der von ihr zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge. Nach sieben Monaten Kurzarbeit zahlt der Bund die kompletten Kosten. Darüber hinaus nutzt Gerd Albrecht die Phase der Kurzarbeit in seinem Unternehmen, um seine Mitarbeiter intern fortzubilden.

Ein weiteres großes Problem der Krise ist die schleppende Kreditvergabe an gesunde Unternehmen. Das bedeutet, dass die Firmen nicht mehr investieren können und dadurch keine neuen Arbeitsplätze entstehen. „Wir müssen Unternehmen, die jetzt unverschuldet keine

Kredite mehr bekommen, zur Seite springen“, bekräftigt Karl-Theodor zu Guttenberg. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung mehrere Konjunkturpakete auf den Weg gebracht. „Von diesen Paketen profitiert vor allem der Mittelstand“, sagt zu Guttenberg.

Bis Mitte August erhielten über 1000 mittelständische Unternehmen Kredite aus dem Sonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Insgesamt wurden Kreditzusagen in Höhe von 2,1 Milliarden Euro gemacht, 70 Prozent davon an den Mittelstand. Bis Ende Juli nahmen über 3500 kleine und mittlere Unternehmen staatliche Bürgschaften in Höhe von rund einer Milliarde Euro in Anspruch.

cdulink.de/mittelstand

UNTERSTÜTZEN AUCH SIE ANGELA MERKEL

Das können Sie tun ...

1 Unterstützen Sie Angela Merkel und werden Sie Mitglied im teAM Deutschland ▶ team2009.de
2 Sprechen Sie mit Freunden, Angehörigen und Vereinskameraden über die CDU-Politik ▶ cdulink.de/argu
3 Werben Sie auf Ihrer Website, in Ihrem Blog, bei Twitter, StudiVZ und Facebook für die CDU-Politik ▶ cdulink.de/netz

4 Bekennen Sie Farbe und tragen Sie orangefarbene Kleidung. Die bekommen Sie auf cdushop.de
5 Informieren Sie sich über die CDU-Politik – im Internet oder bei Ihrer CDU vor Ort ▶ cdulink.de
6 Besuchen Sie CDU-Veranstaltungen – Termine gibt es auf der Website Ihres CDU-Kandidaten ▶ cdulink.de/karte

7 Helfen Sie mit, den Wahlkampf zu finanzieren und spenden Sie einen Geldbetrag ▶ cdulink.de/spende
8 Frühstückten Sie am 27. September mit Freunden und gehen sie gemeinsam wählen
9 Treten Sie der mitgliederstärksten Partei Deutschlands bei: der CDU ▶ cdulink.de/mitglied

FRANZ JOSEF JUNG UND WOLFGANG SCHÄUBLE

Gefahren begegnen

Die Bilder vom 11. September 2001 haben die Menschen schockiert: Trümmer, Chaos, Tote. Der internationale islamistische Terror bedroht auch Deutschland. Die gescheiterten Kofferbomber von Köln und die sogenannte Sauerlandgruppe zeigen, dass auch wir im Visier der Terroristen sind. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bemerkt: „Wir leben auf keiner Insel, auch wenn wir bisher Glück gehabt haben.“

Der internationale Terror stellt eine neuartige Bedrohung dar, der entschlossen begegnet werden muss. Innere und Äußere Sicherheit lassen sich heute nicht mehr strikt voneinander trennen. Deshalb fordern Schäuble und Verteidigungsminister Franz Josef Jung eine gesetzliche Regelung für den Einsatz



Verteidigungsminister Franz Josef Jung (links) und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble

der Bundeswehr im Inland. Bei terroristischen Angriffen, zum Beispiel aus der Luft oder von See, reichen die Mittel der Polizei nicht aus, um diesen zu begegnen. „In Fällen, in denen nur die Bundeswehr die Menschen im Inland schützen kann, muss sie das auch dürfen“, fordert Jung.

Die CDU möchte den Einsatz der Bundeswehr im Innern endlich auf eine gesetzliche Grundlage stellen – auch zur Sicherheit der Soldaten. Denn die aktuelle Situation ist paradox: „Die Polizei kann es nicht und die Bundeswehr darf es nicht“, sagt Schäuble. ▶ cdulink.de/sicher

ANNETTE SCHAVAN

Bildung ist die Zukunft

Von der Hauptschule bis zum Abitur ist es ein langer Weg. Für Younes Ouassane hat er sich gelohnt. Er hat den Weg von der Hauptschule bis aufs Gymnasium geschafft und machte schließlich Abitur. Jetzt will der Sohn marokkanischer Eltern internationales Management studieren. „Ich habe es selbst erlebt: Das deutsche Schulsystem ist sehr wohl durchlässig“, sagt er.

Über neun Millionen Schüler gibt es in Deutschland, rund zwei Millionen Studierende und knapp 1,6 Millionen Auszubildende. Gute Bildung ist der Schlüssel zu Arbeit und Wohlstand. Deshalb darf Bildung in Deutschland nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. „Wir wollen“, so Bundesbildungsministerin Annette Schavan, „Deutschland zur Bildungsrepublik machen.“ Konkret bedeutet das: Bis zum Jahr 2015 sollen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investiert werden. Der Ausbildungsakt, durch den Ausbildungsplätze für Jugendliche geschaffen und gesichert werden, wird fortgesetzt. Aus- und Weiterbildung werden gefördert, Univer-



Foto: Bundesbildstelle/Fotoagentur

Bundesbildungsministerin Annette Schavan: „Eine gute Bildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit.“

sitäten und Fachhochschulen unterstützt, damit mehr junge Menschen studieren können. Denn: „Gute Bildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit“, so die Bildungsministerin.

Deutschland brauche in der Bildungspolitik vielfältige Wege, klare Ziele und hochwertige Angebote. „Deshalb halten wir ganz klar am gegliederten Schulsystem fest“, so Schavan. Haupt-, Realschulen und Gymnasien abzuschaffen, wie die SPD es fordert, sei mit der Union nicht zu machen. Eine Einheitsschule für alle sei der falsche Weg. Der Schüler-Union-Vorsitzende Younes Ouassane glaubt, dass er in einer Ein-

heitsschule keine Chance gehabt hätte. „Ich wurde so gut gefördert, wie es nötig war – von Hauptschule bis Gymnasium.“ Er ist der Ansicht, dass jeder in Deutschland mit dem nötigen Willen das Abitur schaffen kann. Dafür die Rahmenbedingungen zu verbessern ist Ziel der Union. Kinder sollen deshalb schon früh die bestmögliche Unterstützung erhalten, dazu gehören eine gezielte Sprachförderung und verbindliche Sprachtests für Kinder ab vier Jahren. „Jede Familie muss sich darauf verlassen können, dass ihre Kinder eine passende Förderung bekommen“, unterstreicht die Bildungsministerin. ▶ cdulink.de/bildung

HOHENLOHES STARKE STIMME IN BERLIN

Vom „Mr. Bundestag“ zum „Mr. Mittelstand“



Foto: Prell

ZUR PERSON

1970 geboren, Abitur, Bundeswehr Studium der Betriebswirtschaftslehre mit dem Abschluss Dipl. Betriebswirt (FH) Ehrenamtlich tätig in mehreren Hohenloher Vereinen und Stiftungen

1994 Existenzgründer noch während des Studiums 1996 geschäftsführender Gesellschafter des eigenen Unternehmens in Künzelsau, Stadtrat in Künzelsau und Mitglied im Hohenloher Kreistag

September 2002 direkt gewählter Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Schwäbisch Hall – Hohenlohe Mitglied im Finanzausschuss sowie im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Seit dem Jahr 2002 vertritt Christian von Stetten als direkt gewählter Abgeordneter die 300 000 Bürger des Bundestagswahlkreises Schwäbisch Hall – Hohenlohe im Deutschen Bundestag.

Gleich nach seinem Einzug in das Parlament wählten die Bundestagsmitarbeiterinnen den Hohenloher zum „Mister Bundestag“ und sorgten damit für reichlich Aufmerksamkeit.

Spätestens seit seinem zweiten Bundestagswahlverfolg im Jahr 2005

wird der heute 39-jährige Abgeordnete von seinen Bundestagskollegen respektvoll „Mister Mittelstand“ genannt.

Als Fachmann für Wirtschafts- und Finanzfragen hat er sich in Berlin einen guten Ruf erworben und als zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtige Gesetzesvorhaben vorangebracht.

Familienunternehmen

Im Vordergrund seines politischen Handelns stehen nicht die großen börsennotierten Unternehmen, sondern die mittelständischen Familienbetriebe und ihre Mitarbeiter. Im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages kämpft Christian von Stetten für einen spürbaren Bürokratieabbau sowie für einfache und verständliche Steuergesetze. In der gesamten Legislaturperiode hat er als stellvertretender Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand

keinen einzigen Parlamentssitzungstag in Berlin versäumt und aufgrund seiner ständigen Präsenz für nachhaltigen Reformdruck gesorgt.

Erster Ausbilder im Bundestag

Christian von Stetten überzeugt aber auch durch sein praktisches Handeln. Während im Parlament über die Knappheit von Ausbildungsplätzen diskutiert wurde, handelte er: Im Sommer 2003 stellte er als erster Abgeordneter im Deutschen Bundestag selbst Ausbildungsplätze zur Verfügung und ermöglicht seitdem jungen Menschen die Chance zum beruflichen Einstieg.

Mehr Informationen über Christian von Stetten finden Sie auf seiner Homepage unter www.christian-stetten.de.



Einer seiner wichtigsten Diskussionspartner: Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (l.). Foto: Klein

Ja, ich bin dabei!

<input type="text" value="Vorname"/>	<input type="text" value="Name"/>
<input type="text" value="Straße, Hausnummer"/>	<input type="text" value="Postleitzahl"/>
<input type="text" value="Ort"/>	<input type="text" value="Mobil"/>
<input type="text" value="Geburtsdatum"/>	<input type="text" value="E-Mail"/>
<input type="text" value="Datum"/>	<input type="text" value="Unterschrift*"/>

Fax: 030 - 220 70-111
Internet: www.team2009.de

*Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z. B. politische Meinungen) einverstanden, um mich über Veranstaltungen und die politische Arbeit der Partei zu informieren. Die Daten werden ausschließlich von der CDU Deutschlands, ihren Gliederungen, Vereinigungen und Sonderorganisationen genutzt und nicht an Dritte übermittelt. Der Nutzung meiner Daten kann ich jederzeit widersprechen.

Wir brauchen Leute wie Sie!

Werden Sie jetzt Mitglied im teAM Deutschland und erleben Sie den Wahlkampf der CDU hautnah.

Sie wollen helfen, dass die Union bei den kommenden Wahlen die stärkste Kraft wird? Sie wollen Informationen aus erster Hand und Teil des größten Unterstützerteams Deutschlands werden? Sie möchten sich für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Zeug legen? Prima, denn Sie suchen wir. Machen Sie mit im teAM Deutschland.

Machen Sie mit im **teAM Deutschland** und werden Sie jetzt **Unterstützer!**

Wer kann mitmachen? Im teAM Deutschland kann jeder mitmachen. Ob jung oder alt, mit oder ohne Parteimitgliedschaft. Jeder kann seinen persönlichen Beitrag leisten. Eine Mitgliedschaft im teAM Deutschland ist kostenlos.

Wie das geht? Ganz einfach: Faxformular an das teAM Deutschland faxen oder bequem im Internet auf www.team2009.de registrieren – wir freuen uns auf Sie!

